

Rede

Kiel, 18.06.2008

Pressesprecher Per Dittrich, Tel. (04 31) 988 13 83

## SSW im Landtag

Düsternbrooker Weg 70  
24105 Kiel

Tel. (04 31) 988 13 80  
Fax (04 31) 988 13 82

Norderstraße 74  
24939 Flensburg

Tel. (04 61) 144 08 300  
Fax (04 61) 155 08 305

E-Mail: [landtag@ssw.de](mailto:landtag@ssw.de)

## Badequalität in Schleswig-Holstein

Für das Ferienland Schleswig-Holstein ist eine gute bis sehr gute Badewasserqualität sehr wichtig. Das Land zwischen den Meeren punktet mit seiner Wasserqualität, schließlich fährt kein Tourist in den Norden, um Bergzusteigen oder Höhlen zu erkunden. Ist das Wasser algenverseucht, schmutzig oder schwimmen Krankheitserreger darin herum, werden die Besucherzahlen drastisch einbrechen.

Gerade darum ist es wichtig, dass wir die durchgängig gute Wasserqualität, die wir haben, an die große Glocke hängen. Touristen sind scheue Wesen. Bereits Gerüchte können die Ferienplanung über den Haufen werfen. Darum begrüße ich es ausdrücklich, dass die Badequalität für alle Badestellen im Land im Internet abgefragt werden kann. Gibt man den entsprechenden Ortsnamen ein, erhält man die aktuellen Messdaten; obendrein meistens ein Foto und eine kurze Beschreibung der Badestelle. Das ist ein Service, der an Aktualität und Information nichts zu wünschen übrig lässt. Übrigens sind auf dieser Seite die Messergebnisse aus 2008 einzusehen, während sich die EU in ihrer Studie auf Messwerte des letzten Jahres beruft.

Man kann beruhigt in Ostsee und Nordsee baden, schwimmen oder plantschen. Die Qualität ist gut und sollte nicht schlecht geredet werden. Andererseits zeigt die Badestellenliste der Gesundheitsministerin auch die Problemkinder unter den Badestellen, und das sind in Schleswig-Holstein nun einmal die Binnenseen. Immerhin haben wir über 300 Seen, die angesichts der beeindruckenden Meeresküsten nicht immer die Beachtung



finden, die ihnen zusteht. Dabei wird die Hälfte der von Fließgewässern abgeleiteten Niederschlagswassermengen in den Seen vorübergehend zurückgehalten. Die Verweildauer kann dabei zwischen drei Monaten und über zehn Jahren liegen. Man kann sich ausmalen, was Schadstoffe in den Seen anrichten können. Darum finden sich in einigen Seen teilweise bedenkliche Konzentrationen von Bakterien. Steigen die Temperaturen, müssen beliebte Seen, die vor allem für Schleswig-Holsteiner eine Naherholungsmöglichkeit bieten, gesperrt werden. Badende könnten sich in dem Wasser mit Krankheiten infizieren.

Dabei wissen wir seit vielen Jahren, dass eine nachhaltige Landwirtschaftspolitik der beste Gewässerschutz ist. Dabei möchte ich noch einmal betonen: die Badewasserqualität im Land ist ausgezeichnet. Die Problemfälle sollten keinesfalls überbewertet werden.

Wir sollten trotzdem die Einträge aus landwirtschaftlicher Tätigkeit in die Seen reduzieren. Immer noch werden viel zu viel Dünger und Gülle von den Feldern in die Seen gespült oder gelangen übers Grundwasser in die Fließgewässer. Die landwirtschaftlichen Einträge stören das empfindliche Ökosystem der Seen und zerstören es in manchen Fällen sogar.

Wir sollten keinesfalls nach Ausflüchten suchen, sondern einen vernetzten Gewässerschutz umsetzen. Die EU-Wasserrahmenrichtlinie schreibt seit acht Jahren den Schutz der Wasser-Ökosysteme vor und soll schrittweise das Einleiten von gefährlichen Stoffen beenden.

Dringend notwendig ist die Einrichtung von Pufferstreifen entlang der Gewässer und eine Förderung naturschonender Wirtschaftsweisen. Der BUND kritisiert, dass die Landesregierung das Grundwasserproblem Nr.1, nämlich die Einleitung von Nitrat, nur unzureichend angeht. Die Beratung der Landwirte sei nur ein Tropfen auf den heißen Stein, weil sie nur auf freiwilliger Basis erfolge. Außerdem würde der zunehmende Anbau von Gülleintensivem Mais für die Erzeugung von Biomasse das Problem weiter verschärfen als entschärfen. Der SSW teilt diese Bedenken.

Je besser wir beim Gewässerschutz sind, desto einfacher fällt es, Gäste von Schleswig-Holstein zu überzeugen. Die Verantwortung für sauberes Wasser ist ein Politikfeld, das auf eine gute Kommunikation zwischen Agrarpolitikern und Touristikern angewiesen ist.